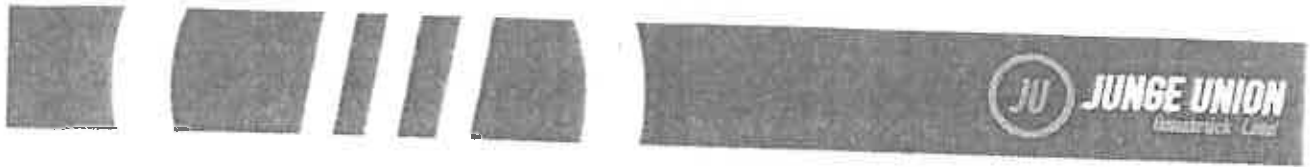


E: 21.10.2014

- persönlich abgegeben -



— KOPFE —

JU – Samtgemeinde Bersenbrück

An den Bürgermeister  
Herrn Baier  
Lindenstraße 2  
49593 Bersenbrück

RI

2014 – 10 – 21

**Eingabe gemäß § 34 Niedersächsisches Kommunalverfassungsgesetz**

**Betreff: Schüler in die Kommunalpolitik**

Sehr geehrter Herr Baier,  
Sehr geehrte Damen und Herren,

der Samtgemeindeverband der Jungen Union Bersenbrück bittet um die Bearbeitung dieser Eingabe gemäß § 34 NKom VG in der nächsten Sitzung des zuständigen Gremiums.

**Sachverhalt:**

Die Demokratie lebt von Menschen, die sie stützen, indem sie sich mit ihr identifizieren, wählen gehen oder gar selbst aktiv werden. Die Junge Union Osnabrück Land als größte politische Jugendorganisation im Landkreis Osnabrück betreibt seit über 40 Jahren politische Jugendarbeit und versteht sich als Stimme der jungen Generation in unserer Region.

Eine Erfahrung aus dieser Arbeit ist, dass der Grad des Interesses für und der Identifikation mit unseren demokratischen Strukturen mit wachsender Kenntnis steigt. Gerade der Stellenwert der Kommunalpolitik hat jedoch im Bewusstsein der Bevölkerung massiv verloren: Bei der Kommunalwahl 2011 betrug die Wahlbeteiligung für die Wahl zum Kreistag des Landkreises Osnabrück gerade einmal 54,9 % - fast jedem Zweiten war die Wahl also egal. Besonders niedrige Wahlbeteiligungen herrschen dabei geradezu traditionell bei den Jung- und Erstwählern, wie zuletzt bei der Bundestagswahl 2013, bei der die Wahlbeteiligung der 18 bis 24-jährigen um ca. 10 % unter dem Durchschnitt lag. Die Schulen allein können in Zeiten voller Lehrpläne die Wissensvermittlung demokratischer Entscheidungsprozesse und ihrer Bedeutung für jeden einzelnen jedoch kaum leisten. Wir schlagen daher die Einführung eines Programmes vor, über das Jugendlichen die

Möglichkeit gegeben wird, die Politik vor Ort für eine bestimmte Zeit zu begleiten, um auf diesem Weg die Identifikation und das Interesse von jungen Menschen für die Kommunalpolitik zu stärken.

Beispiele dafür finden sich auch in unserem Landkreis Osnabrück, beispielsweise in der Stadt Bramsche, in der es seit mehreren Jahren das Projekt „Schüler in die Kommunalpolitik“ gibt. Dieses Programm besteht aus einer Kooperation aus Stadtrat und Schulen: Die weiterführenden Schulen in Bramsche haben gemeinsam mit dem Stadtrat in Bramsche eine Arbeitsgemeinschaft (AG) „Schüler in die Kommunalpolitik“ erstellt.

In dieser AG lernen die Schüler grundlegende theoretische Abläufe der Politik, beispielhaft das Gesetzgebungsverfahren bzw. die Wahlabläufe, die Struktur der Gemeindeverwaltung oder was eigentlich die Fraktionsdisziplin bedeutet. Genauer wird in dem Zusammenhang die Arbeit der Fraktionsmitglieder und die Einflussmöglichkeiten der Bürger beleuchtet. In dieser AG bekommt jeder Schüler ein Ratsmitglied (das sich zuvor dazu bereit erklärt hat) zugeteilt, mit dem er während des Schuljahres eine Ratssitzung, eine Fraktionssitzung, eine Ausschusssitzung und eine Ortsratssitzung besucht. Durch diese Teilnahme an den Sitzungen können die Schüler hautnah miterleben, was es heißt sich kommunalpolitisch zu engagieren und die Entscheidungen vor Ort zu steuern und mit zu tragen.

Diese AG, die in einem Schuljahr von allen Schülern im 10. Jahrgang besucht werden kann, hat als Ziel jungen Menschen aufzuzeigen, welche Möglichkeiten jeder Bürger hat sich politisch einzubringen und das Zusammenleben mitzugestalten.. Die Zahl der teilnehmenden Schüler hängt von der Zahl der Ratsmitglieds-Paten ab. In Bramsche ist das Projekt sehr erfolgreich, in den vergangenen Jahren haben bis zu 60 Schüler an dem Projekt teilgenommen.

Sicherlich bedarf das Projekt konkret einer Ausformung auf den jeweiligen Ort. Insbesondere bzgl. der Zusammenarbeit mit weiterführenden Schulen, gerade in den Bereichen, in denen weiterführende Schulen von Schülern mehrerer Gemeinden besucht werden. Hier bietet sich an, dass Gemeinden kooperieren oder, wenn es keine Schule gibt, die bereit ist, die AG anzubieten, die Verwaltung selbst in fünf Doppelstunden in der Verwaltung diese groben Strukturen vorstellt – dies gelingt etwa im KidS Projekt der Stadt Osnabrück, das das gleiche Ziel verfolgt. Der Erfolg aus Bramsche zeigt aber das grundsätzliche Interesse Jugendlicher an der Kommunalpolitik. Dieses Interesse sollten wir nutzen um sie für unser demokratisches System zu begeistern.

**Daher zielt diese Anregung darauf ab, dass das zuständige Gremium in der nächsten Sitzung beschließen möge, dass**

1. dieses Konzept in den entsprechenden Fachausschüssen vor Ort beraten werden soll
2. und abschließend im Rat ein Beschluss gefasst werden soll.

Die Junge Union in der Samtgemeinde Bersenbrück hofft diesbezüglich auf ein positives Urteil des Rates und steht für weitere Fragen gerne zur Verfügung.

Mit freundlichen Grüßen

  
Dennis Lindemann

  
Niklas Ewerding

# Jugendparlament in der Samtgemeinde Bersenbrück

*Wenn du ein Schiff bauen willst, so trommle nicht Männer zusammen, um Holz zu beschaffen, Werkzeuge vorzubereiten, Aufgaben zu vergeben und die Arbeit einzuteilen, sondern lehre sie die Sehnsucht nach dem weiten endlosen Meer.*

*Antoine de Saint-Exupéry*



## **Was will das Jugendparlament?**

... es soll Jugendlichen die Kommunalpolitik näher bringen und damit greifbar machen. Durch aktives Erleben von Mitbestimmungsprozessen wird ein grundsätzliches Demokratieverständnis näher gebracht.

Wir wollen den Jugendlichen die Möglichkeit geben ihr eigenes politisches Selbstkonzept zu erhöhen und ihnen einen Rahmen bieten ihre Wünsche und Bedürfnisse zu formulieren und gehört zu werden.

### Ziele:

1. Partizipation von Kindern und Jugendlichen
2. Begeisterung Jugendlicher für die Politik, deren politische Bildung und demokratische Erziehung
3. Sensibilisierung von Politikern für ihre Verantwortung gegenüber nachfolgenden Generationen.

### Grundprinzipien:

- Freiwilligkeit
- Überparteilichkeit
- Generationenübergreifender Dialog

- Transparenz und Überschaubarkeit
- Dokumentation und Feedback
- Öffentlichkeitsarbeit
- Verbindlichkeit

***Mitmachen ist nicht gleich mitmachen!***  
***Mitsprache – Mitwirkung – Mitbestimmung***

## **Umsetzung**

Einmal im Jahr schreibt die Samtgemeinde Bersenbrück einen Wettbewerb zur Einreichung von Anträgen/Vorschlägen an allen Schulen in der Samtgemeinde aus. Jede Klasse kann sich im Rahmen ihres Unterrichtes daran beteiligen.

Im Anschluss daran wird ein Samtgemeinde-Jugendtag folgendermaßen durchgeführt:

- Alle antragstellenden Klassen schicken Vertreter zu diesen Jugendtag
- Am Vormittag und am frühen Nachmittag werden verschiedene Workshops zu politischen Themen angeboten, z.B. Kommunalwahlrecht in Niedersachsen, Gleichstellung, Partizipation, ...
- Die Workshops sollen im Tandem, jeweils eine Fachkraft und ein Ratsherr, geleitet werden
- Im Anschluss an die Workshops werden aus der Gruppe der Schüler einzelne Vertreter gewählt, die in einem Jugendparlament über die eingereichten Anträge entscheiden
- Am späten Nachmittag findet eine Jugendparlamentssitzung statt:
  - Die eingereichten Anträge werden durch die Klassenvertreter vorgestellt
  - Die gewählten Jugendparlamentsvertreter bekommen einen Ratsherrn als Paten zur Seite gestellt. Über die Anträge entscheiden die Jugendlichen aber eigenständig.
- In der Mittagszeit wird ein Essen durch eine Schülerfirma gereicht
- **Dem Jugendparlament muss ein Etat zur Verfügung gestellt werden, bis zu deren Summe sie entscheiden können!**
- Gute, aber nicht bewilligte, Anträge können dem Sozialausschuss / bzw. Samtgemeinderat zur weiteren Bearbeitung vorgelegt werden.

## **Dokumentation**

Die Workshops und die Jugendparlamentssitzung werden protokolliert und anschließend den Schulen zur Verfügung gestellt.